

Sifa-Post

Neues zu Sicherheit und Kriminalität

18. Juni 2008

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Aktion gegen Kriminalität

Postfach 23

CH-8416 Flaach

Tel: 052 301 31 00

Fax: 052 301 31 03

PC-Konto: 87-370818-2

mail to: info@sifa-schweiz.ch

*Für den Inhalt ist verantwortlich:
Ulrich Schlüer, Präsident sifa*

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns Änderungen
Ihrer E-Mail-Adresse mitteilen.

Aus dem Verfassungsschutzbericht 2007 der Bundesrepublik Deutschland

Hohe Gefährdung durch islamistische Terroristen

Die Gefährdung der inneren Sicherheit Deutschlands durch islamistische Terroristen war auch 2007 nach Auffassung des Bundesamts für Verfassungsschutz unverändert hoch.

Am 15. Mai 2008 stellte der Deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble den neuen Verfassungsschutzbericht für das 2007 vor. Der jährlich erscheinende

Bericht dient nach eigenen Angaben «der Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland». Ein Schwerpunkt des Berichts widmet sich dem islamistischen Terrorismus. Dazu stellt der Bericht fest:

Die Festnahmen vom 4. September 2007, durch die geplante Sprengstoffanschläge auf u. a. US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland mit möglicherweise hohen Opferzahlen vereitelt wurden, zeigen erneut, dass Deutschland von islamistischen Terroristen nicht als Rückzugsraum betrachtet wird. Vielmehr stellt Deutschland neben anderen europäischen Ländern auch ein Operationsgebiet der «Mujahidin» («Kämpfer im Jihad») dar.

Im Lager der «Kreuzzügler»

Deutschland zählt für die «Mujahidin» zum Lager der «Kreuzzügler», zu den Helfern der USA und Israels. Die Beteiligung an der Ausbildung irakischer Polizei- und Sicherheitskräfte sowie das wachsende Engagement zur Sicherung des inneren Friedens in Afghanistan, z. B. der Einsatz von Tornado-Jets der Bundeswehr für Aufklärungsflüge, rücken Deutschland verstärkt in den Fokus islamistischer Terroristen. Dies verdeutlichen auch die im März und November 2007 veröffentlichten Drohvideos der «al-Qaida» nahestehenden «Globalen Islamischen Medienfront» (GIMF), in denen der Abzug deutscher und sogar österreichischer Soldaten aus Afghanistan gefordert wurde.

Auswirkungen auf die Bedrohungslage in Deutschland ergeben sich gemäss deutschem Verfassungsschutz zudem aus der aktuellen Lage in Afghanistan und Pakistan. Hinweisen zufolge sei die «Kern-al-Qaida» im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet wiedererstarkt und bestrebt, Anschläge auch in Europa zu begehen. Darüber hinaus reisten einzelne Personen aus islamistisch-terroristischen Kreisen in Deutschland für eine terroristische Ausbildung in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten und in Tschetschenien geht auch von dort regional agierenden islamistischen

Organisationen eine Gefährdung für Deutschland aus. Organisationen wie die libanesische «Hizb Allah» («Partei Gottes»), die palästinensische «Islamische Widerstandsbewegung» (HAMAS) und die «Tschetschenische Republik Itschkeria» (CRI) und «Tschetschenische Separatistenbewegung» (TSB) streben in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) an und agieren zur Durchsetzung ihrer Ziele auch mit terroristischen Mitteln. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.

Freiräume für schariakonformes Leben

Islamistische Gruppierungen in Deutschland, die sich als Interessenvertreter grosser Teile der in Deutschland lebenden über drei Millionen Muslime sehen, wollen nach wie vor durch politische Einflussnahme und gezielte Öffentlichkeitsarbeit ihren Anhängern in Westeuropa Freiräume für ein nach ihrem Verständnis schariakonformes Leben schaffen. Diese Gruppierungen betrachten die Scharia als ein zu jeder Zeit gültiges, alle Lebensbereiche regelndes Gesetzssystem, dessen genaue Umsetzung zur Ausübung des «wahren» Islam unabdingbar sei.

Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist – so das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz – die Behauptung, alle Staatsgewalt könne schliesslich von Gott (Allah) ausgehen. Daher dürfe Staatsgewalt niemals dem menschlichen Willen entspringen wie es in einer Demokratie der Fall ist. Das von diesen Organisationen angestrebte Gesellschaftssystem steht somit in unauflösbarem Widerspruch zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung, die a. u. auf Grundsätzen wie der Volkssouveränität, der Gewaltenteilung und dem Mehrheitsprinzip beruht.

Mitgliederstärkste dieser Gruppierungen in Deutschland ist die «Islamische Gemeinschaft Millî Görüs e. V.» (IGMG). Sie präsentiert sich der Öffentlichkeit als integrationswillige, auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung stehende Organisation. Teile der IGMG halten jedoch nach wie vor an den Zielen und der Ideologie der in der Türkei agierenden «Millî-Görüs»-Bewegung fest, die eine alles umfassende islamische Gesellschaftsordnung mit letztlich globalem Anspruch anstrebt.

In ähnlicher Weise agieren gemäss deutschen Verfassungsschutzbehörden die Anhänger der ägyptischen «Muslimbruderschaft» (MB) in Deutschland, die sich hier jedoch selten offen zur MB bekennen. Mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern ist die «Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.» (IGD). Diese unterhält nach eigenen Angaben acht ihr angeschlossene «Islamische Zentren» (IZ), die als Anlaufstellen für ihre Anhänger dienen.

In seinem Bericht über die Bedrohungslage und die Tätigkeiten der Sicherheitsorgane des Bundes im Jahr 2007 bestätigt auch der schweizerische Bundesrat, dass die grösste Gefährdung der inneren Sicherheit vom islamistisch motivierten Terrorismus (Dschihadismus) ausgeht:

«Namentlich in Grossbritannien, Dänemark und Deutschland erkannte man im Berichtsjahr an den operativen Zellen, dass es in Europa das Phänomen des «homegrown terrorism» (hausgemachter Terrorismus) im Bereich des Dschihadismus gibt und welche Gefahr von ihm ausgeht. In der Schweiz wurden bisher konkrete Vorbereitungshandlungen für Anschläge nicht endgültig nachgewiesen.»

Reinhard Wegelin/sifa

Quellen:

Verfassungsschutzbericht 2007. Herausgegeben vom Bundesminister des Innern.

Berlin 2008 (abrufbar unter www.bmi.de)

Bericht des Bundesrates über die Bedrohungslage und die Tätigkeiten der Sicherheitsorgane des Bundes im Jahr 2007 vom 2. April 2008.

***Wir bitten Sie: Verbreiten Sie diesen Kommentar an alle Ihnen
zugänglichen Adressen.***

Werden Sie sifa-Mitglied.

Informationen erhalten Sie bei:

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 0041 (0)52 301 31 00

Fax 0041 (0)52 301 31 03

info@sifa-schweiz.ch

Besuchen Sie die «sifa» im Internet:

www.sifa-schweiz.ch